

Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW
Servicestelle für Einbürgerungsfragen in NRW
NEWSLETTER ZUR EINBÜRGERUNG
09/2009 vom 16.12.2009
www.einbuergern.de

INHALT

1. Einbürgerung und Staatsbürgerschaft in der EU
 - a. Index Integration und Migration - Die rechtliche Situation von MigrantInnen in Europa
2. Soziales und Integration
 - b. Grüne fordern Rechtsanspruch auf Anerkennung ausländischer Abschlüsse
 - c. Kabinett billigt Eckpunkte für ein Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse
 - d. Diskussion über Minarettverbot auch in Deutschland
3. Interkulturelles und Vielfalt.
 - e. Tamilische Kinder lernen freiwillig ihre Muttersprache
4. Solidarität und Fairness
 - f. 76.300 Menschen erhalten 2008 in der EU Asyl
5. Aktuelles: Umgang mit der Optionspflicht
 - g. „Einbürgerung – Chance oder Zumutung?“ Eine Kooperationsveranstaltung des ABE, des Integrationsbüros/RAA der Stadt Bochum und des Integrationsbeauftragten des Landes NRW (19.01.2010)
6. Curriculum Einbürgerung:
 - h. Die Rolle der NRO und Gewerkschaften bei der Bekämpfung der Diskriminierung – eine Veröffentlichung der EU-Kommission

Liebe Leserinnen und Leser,
fröhliche Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr
השנה החדשה ו שקופית טוב לתוך השנה החדשה (Hebräisch Google)
geseënde Kersfees en 'n goeie skuif in die nuwe jaar (Afrikaans)

wünscht Ihnen
Das ABE-Team

1. Einbürgerung und Staatsbürgerschaft

a. Index Integration und Migration - Die rechtliche Situation von Migrantinnen und Migranten in Europa

Quelle: British Council, Migration Policy Group und Friedrich Ebert Stiftung. Datum: 2008

Zugang zur Staatsbürgerschaft - Ergebnisse für die 28 EU Länder

Der günstigste Fall

Dies ist eine Zusammenfassung der günstigsten Vorgehensweisen aus den normativen Rahmenbedingungen der hohen europäischen Standards des MIPEX. Jede dieser Praktiken wurde mit Wirkung ab dem 1. März 2007 in mindestens einem der 28 Länder ermittelt.

Der Staat schätzt Staatsangehörige und Staatsbürgerschaft als Integration. Ein Migrant Aufenthalts das **Recht** Nachkommen, die in dem werden, erhalten mit der **Staatsbürgerschaft**. (...)



Migranten als zukünftige bietet gangbare Wege zur unumgängliches Mittel zur hat nach drei Jahren legalen auf Staatsbürgerschaft. Alle neuen Heimatland geboren Geburt die **doppelte**

Der ungünstigste Fall

Dies ist eine Zusammenfassung der ungünstigsten Vorgehensweisen, die der MIPEX zum 1. März 2007 in mindestens einem der 28 Länder ermittelt hat.

Restriktive Vorgehensweisen machen volle Gleichstellung und Verantwortung unmöglich. Ein Migrant der ersten Generation hat erst nach einem Zeitraum, der sehr viel länger als fünf Jahre ist, ein Recht auf Staatsbürgerschaft. Seine Kinder und Enkelkinder müssen verschiedene Bedingungen erfüllen, um Staatsangehörige ihres Geburtslandes zu werden. Wenn er nur ein minimales Einkommen, keine

Krankenversicherung oder einen „Fleck“ in seinem Führungszeugnis hat, kann er keine Staatsbürgerschaft erhalten (...).

Ergebnisse

Die **Anspruchsberechtigung** auf Staatsbürgerschaft hat den niedrigsten Durchschnittswert und den niedrigsten höchsten Wert aller 24 Dimensionen. Die meisten Länder fördern keine Einbürgerung für Migranten der ersten Generation. Kinder, die in Europa geboren werden, müssen häufig ungünstige zusätzliche Anforderungen erfüllen, um Staatsbürger ihres Geburtslandes zu werden. (...) Nur wenige Länder erlauben Migranten in vollem Umfang den Besitz der **doppelten Staatsbürgerschaft**.

Mehr dazu: <http://www.integrationindex.eu/multiattachments/2713.html>

2. Soziales und Integration

b. Grüne fordern Rechtsanspruch auf Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Quelle: Deutscher Bundestag. Bildung und Forschung/Antrag Datum: 03.12.2009

Berlin: (hib/TEP/JOH) Einen individuellen Rechtsanspruch auf ein leicht zugängliches, transparentes und schnelles Verfahren zur Bewertung und Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Qualifikationen fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ihr Antrag ([17/123](#)) sieht vor, dass das gesamte Anerkennungsverfahren nach bundeseinheitlichen Standards ablaufen und "im Regelfall von staatlicher Seite innerhalb von sechs Monaten" abgeschlossen sein soll.

Um den Antragsstellern die Möglichkeit zur Anerkennung zu erleichtern, sollen bundesweit "flächendeckend Anlaufstellen" eingerichtet werden. Gleichzeitig sollen Menschen mit Migrationshintergrund neben der Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüsse auch eine berufliche oder eine weiter qualifizierende Perspektive erhalten.

Am 9.12.2009 soll die Bundesregierung die Eckpunkte eines entsprechenden Gesetzes vorgelegt werden.

Mehr dazu: http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_12/2009_298/06.html

Oder: <http://tagesthemen.de/inland/schavan142.html>

c. Kabinett billigt Eckpunkte für ein Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Quelle: FAZ.net. Datum: 09.12.2009

Ausländer mit Berufs- und Universitätsabschlüssen sollen von 2011 an das Recht auf ein Anerkennungsverfahren ihrer beruflichen Qualifikationen haben. Das teilten Bundesbildungsministerin Schavan (CDU) und die Staatsministerin für Integrationsfragen Böhmer (CDU) nach einem entsprechenden Kabinettsbeschluss am Mittwoch in Berlin mit. Viele Einwanderer werden derzeit in Arbeitsverhältnissen beschäftigt, die aus formalen Gründen oder wegen fehlender Bewertungsmöglichkeiten nicht ihren Qualifikationen entsprechen. Angesichts des wachsenden Fachkräftemangels könne sich Deutschland eine solche Vergeudung von Talenten nicht mehr leisten, sagte Frau Schavan.

Mehr dazu:

<http://www.faz.net/s/Rub8EC3C0841F934F3ABA0703761B67E9FA/Doc~EBAB1BAB4873F47CB96543E346DC7BF54~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

d. Diskussion über Minarettverbot auch in Deutschland

Quelle: Der Westen. Datum: 30.11.2009

Nach dem Votum der Schweizer über den Minarett-Neubau streiten Politiker und Publizisten über dessen Bedeutung für Deutschland. Die einen sprechen von "berechtigter Sorge", andere zeigen sich erschüttert.

Jetzt bloß kein unpassendes Wort. Nein, sagt Christoph Steegmans, an diesem Morgen die Stimme der Bundesregierung, man habe der Schweiz „von hier aus“ selbstverständlich keine Ratschläge zu geben.

Und ja doch, man sei überzeugt, dass das Prinzip der Religionsfreiheit den Eidgenossen nicht minder teuer sei als der deutschen Regierung. Andererseits habe auch die Integration von Einwanderern einen „hohen Stellenwert“, und so gehe es immer darum, dass „Religionsfreiheit und

Integrationsbemühungen durch enge und vertrauensvolle Abstimmung unter den Beteiligten in Einklang gebracht werden”.

Mehr dazu: <http://www.derwesten.de/wp/politik/Streit-ueber-Minarette-auch-in-Deutschland-id2189765.html> **oder:** <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,665841,00.html>

3. Interkulturelles & Vielfalt

e. Tamilische Kinder lernen freiwillig ihre Muttersprache

Quelle: **Der Westen**. Datum: 03.12.2009

Sie leben in Deutschland, sprechen Deutsch, lernen in Kindergarten und Schule Deutsch. Doch ihre tamilischen Wurzeln sollen nicht verloren gehen. Dafür will die Tamilische Schule „Guter Hirt“ sorgen. Seit Oktober 2005 lernen im Familienzentrum Twiete Kinder tamilischer Familien ihre Muttersprache. „Die Kinder sprechen zwar Tamilisch, aber sie können es nicht so gut“, gibt Ronaldo Quinton zu. Der Zwölfjährige drückt darum wie 24 weitere Jungen und Mädchen einmal die Woche für zwei Stunden freiwillig die Schulbank. Seine Großmutter Mary Elisabeth Norbert organisiert den Unterricht.

Mehr dazu: <http://www.derwesten.de/staedte/arnsberg/Kinder-lernen-freiwillig-ihre-Muttersprache-id2200396.html>

4. Solidarität & Fairness

f. 76.300 Menschen erhalten 2008 in der EU Asyl

Quelle: **Europäische Kommission**. Datum: 08.12.2009

Im Jahr 2008 erkannten die EU-Mitgliedstaaten 76.300 Asylbewerber als schutzberechtigt an. Die größten Gruppen von Asylbewerbern waren Staatsangehörige aus dem Irak, Somalia, Russland und Afghanistan. Von den 16 600 irakischen Asylsuchenden, wurde der Großteil, 6.400 Personen, in Deutschland registriert. Insgesamt wurden zwei Drittel aller Zuerkennungen des Schutzstatus in Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Italien und Schweden registriert. In Deutschland wurden 2008 10.700 Personen ein Schutzstatus zugesprochen. Damit liegt Deutschland direkt hinter Frankreich, wo 11.500 Menschen der Schutzstatus zugesprochen wurde.

Mehr dazu: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8912_de.htm

Oder: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/175&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Aktuelles

g. „Einbürgerung – Chance oder Zumutung?“ Eine Kooperationsveranstaltung des ABE, des Integrationsbüros/RAA der Stadt Bochum und des Integrationsbeauftragten des Landes NRW (19.01.2010)

Quelle: **Aktionsbüro Einbürgerung**. Datum: 15.12.2009

Informationsveranstaltung zum Thema "Einbürgerung und das Optionsmodell" am 19. Januar 2010, von 18.00 bis 19.30 Uhr in den Clubraum (Raum 069 im VHS-Gebäude), Gustav-Heinemann-Platz 2-6, 44777 Bochum.

Wer die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortprinzip oder durch Einbürgerung nach der Übergangsregelung (für Kinder, die am 1. Januar 2000 noch nicht 10 Jahre alt waren und deren Eltern einen Antrag auf Einbürgerung gestellt haben) erhalten hat, muss spätestens bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres erklären, ob sie bzw. er die deutsche oder eine andere Staatsangehörigkeit behalten will. Bis 2018 werden sich fast 50.000 Kinder mit Zuwanderungshintergrund in NRW entscheiden müssen.

Mehr dazu: http://www.einbuergern.de/content/e1315/e1614/e2861/index_ger.html

6. Curriculum Einbürgerung

h. Die Rolle der NRO und Gewerkschaften bei der Bekämpfung der Diskriminierung – eine Veröffentlichung der EU-Kommission

Quelle: **DGB Bildungswerk – Migration online**, Datum: 01.12.2009

Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NGO bzw. NRO) und Gewerkschaften bei der Bekämpfung von Diskriminierung ist das Thema einer Publikation, die Mitte November von der Europäischen Kommission herausgegeben wurde.

Grundlage ist die sechste Jahreskonferenz zu Nichtdiskriminierungsthemen, die Ende Juni in Budapest stattgefunden hat. Die Konferenz bot einen Einblick in die Vielfalt der Antidiskriminierungsarbeit der Gewerkschaften und NGOs und ermöglichte einen Austausch über Erfahrungen und bewährte Praktiken zwischen ihnen. Von deutscher Seite war unter anderem der Bereich Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk vertreten.

Mehr dazu: http://www.migration-online.de/beitrag_aWQ9NjkzNg_.html

Oder: <http://ec.europa.eu/social/search.jsp?langId=de&menuType=basic>

Impressum und Kontakt:

Dieser Newsletter wird vom Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW (ABE) herausgegeben. Die Herausgabe wird vom MGFFI des Landes NRW www.mgffi.nrw.de und von der IFAK e.V. www.ifak-bochum.de gefördert.

Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht des ABE wieder. Sie können Ihr Abonnement unter der Emailadresse newsletter@einbuergern.de beenden.

Redaktion: Kenan Araz und Vera Moneke, Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW (ABE), Engelsburger Str. 168, 44793 Bochum, Tel: 0234/9621012, Fax: 0234/ 0234/683336, www.einbuergern.de | abe@einbuergern.de